

Ausgabe Herbst 2016

B&E

Das bildungspolitische Magazin
des VBE-Bundesverbandes

Der pädagogische
Abdruck –
Identität(en) stiften

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Ausgabe Herbst 2016

B&E

Das bildungspolitische Magazin
des VBE-Bundesverbandes

Der pädagogische
Abdruck –
Identität(en) stiften

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Ausgabe Herbst 2016

B&E

Das bildungspolitische Magazin
des VBE-Bundesverbandes

Der pädagogische
Abdruck –

Identität(en)
stiften

Verband Bildung und Erziehung

VBE

**Weiblich, männlich, Lehrerin und Lehrer:
Die Wahrnehmung bestimmt den Sprachgebrauch –
oder ist es umgekehrt? Frauen und Männer sind an-
ders – aber ist das Geschlecht die einzige Trennlinie?**

**Integration soll sein – aber wie viel Integrität
verlangt unser soziales Umfeld, unser politisches
Leben?**

**Frauen bleiben Frauen, Männer bleiben Männer –
Nation bleibt Nation? Die Zivilgesellschaft fordert
den pädagogischen Abdruck, um Identität(en)
zu stiften ...**

- 4 Gendersensibilität als Balance zwischen Drama-
tisierung und Entdramatisierung von Geschlecht
Hannelore Faulstich-Wieland
- 9 Klare Kante gegen Gewalt!
von Udo Beckmann
- 10 Praxis: Schach-Matt in der Wertediskussion
Warum Wegschauen keine Ent-Dramatisierung bringt
Interview mit Simone Fleischmann und Tomi Neckov
- 13 Blickpunkt: Bildung zur Nation?
Eine Notiz zur Debatte über „Integration“
Heinz-Elmar Tenorth
- 16 VBE-Magazin
- 18 VBE in den Ländern
- 24 Die Kehrseite

Liebe Leserinnen und Leser,

*vor Ihnen liegt mit Heft 03/2016 die letzte Ausgabe des
bildungspolitischen Magazins B&E des VBE-Bundesver-
bandes. Danach wird die Produktion eingestellt.*

*Seit 2009 war die Redaktion in wechselnden Besetzungen
bemüht, den Leserinnen und Lesern dieser Zeitung die bildungs-
politischen „Megathemen“ nahezubringen, Themen also, die in
allen deutschen Ländern unabhängig von der jeweiligen Schul-
politik ihre Wirkung in Bildung und Erziehung entfalten. B&E
wollte die Lücke füllen, die die Zeitschriften der VBE-Landes-
verbände notwendigerweise offen lassen müssen – B&E wollte
thematisch verbinden, was – von „oben“ betrachtet – ohnehin
zusammengehört. Sie, liebe Leserin und lieber Leser, mögen
beurteilen, ob das gelungen ist.*

*Auch in unserer letzten Ausgabe greifen wir zwei Themen mit
besonderer Brisanz auf: das Verhältnis der Geschlechter im
Bildungsprozess (übertreiben wir?), und wir fragen, wie vor dem
Hintergrund von Migration und Integration so etwas wie eine
nationale Identität – eine Nation ohne Nationalismus – über
Bildung entstehen kann. Wenn das nicht Grundfragen unserer
kulturellen Existenz sind ...*

*Die Redaktion bedankt sich für Unterstützung und Beglei-
tung, Kritik und Anregung. Besonderer Dank gilt der Agentur
Typoly und dem Fotografen Jan Roeder für ihre großartigen
Layout-Arbeiten, die jeder B&E-Ausgabe eine ganz eigene
Bildsprache – immer abgestimmt auf das Thema – gegeben
haben. Das war eine großartige Zusammenarbeit.*

*Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern ein
letztes Mal anregende Lektüre ... bleiben Sie am Ball –
die Bildung braucht Sie!*

Ihre B&E-Redaktion

Gendersensibilität als Balance zwischen Dramatisierung und Entdramatisierung von Geschlecht

Hannelore Faulstich-Wieland

In der Schule finden wir Schüler und Lehrer, so der allgemeine Sprachgebrauch. Er verdeckt jedoch, dass es sich um Schülerinnen und Schüler sowie um Lehrerinnen und Lehrer handelt. Je nach Schulart sind dabei zudem mal die Schüler – wie in den Förder- und Hauptschulen oder die Schülerinnen – wie in den Gymnasien – deutlich häufiger vertreten. Auch auf Seiten der Lehrenden täuscht die Formulierung darüber hinweg, dass wir überwiegend Lehrerinnen begegnen und nur einige Fächer noch häufiger von Lehrern repräsentiert werden. Seit sich immer mehr Menschen dem Korsett der Zweigeschlechtlichkeit – oder der heterosexuellen Matrix, wie Judith Butler dies genannt hat – entziehen, haben wir es zudem mit Personen zu tun, die sich weder als Mädchen bzw. Frau noch als Junge bzw. Mann verstehen.

Gendergerechter Sprachgebrauch?

Beansprucht man, auch nur ein wenig, „gendersensibel“ zu sein oder Geschlecht nicht ganz für irrelevant zu halten, dann könnte und sollte als erstes über den Sprachgebrauch nachgedacht werden. Sprache bestimmt unsere Wahrnehmung – entsprechend bedeutet ein undifferenzierter Sprachgebrauch auch eine eingeschränktere Wahrnehmung. Eine der wichtigen Forderungen von Vertreterinnen der Frauenbewegung war es folglich, Mädchen und Frauen sichtbar zu machen – und sie eben nicht hinter „Schülern“ oder „Lehrern“ verschwinden zu lassen.

Kann man nun daraus folgern, dass ein „geschlechtergerechter“ Sprachgebrauch auch tatsächlich dazu führt, den Interessen und Bedürfnissen von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern „gerecht“ zu werden? Eine konsequente Nutzung beider Genusformen führt zunächst einmal dazu, dass man bei der Bezeichnung „Schüler“ tatsächlich an männliche Kinder und Jugendliche denkt. Meint ein Gesprächspartner oder eine -partnerin damit zugleich auch Schülerinnen, so erlebt man eine Irritation. Das ist auf jeden Fall ein erster Schritt, um auf Differenzen aufmerksam zu werden.

In der Konsequenz verführt dies jedoch möglicherweise dazu, Differenzen besonders zu betonen: Der Blick auf Geschlecht – und der Anspruch, beiden Geschlechtern gerecht zu werden – führte und führt noch immer häufig dazu, als geeignete Maßnahme in der Schule eine Trennung, d.h. eine teilweise Aufhebung der Koedukation vorzunehmen. Dann werden getrennte Sportangebote, „Physik für Mädchen“ oder ähnliches angeboten.

Solche Angebote unterstellen jedoch, Mädchen und Jungen seien unter sich jeweils eine homogene Gruppe und koedukative Settings könnten sich nicht auf Unterschiede einlassen. Unterstellt wird dabei zudem, dass die Trennlinie zwischen den Geschlechtern verlaufe. Menschen, die sich der Zweigeschlechtlichkeit nicht zuordnen wollen, werden – wenn man besonders progressiv sein will – als „LBQTI“ (Lesben, Bisexuelle, Queere, Transsexuelle, Intersexuelle) inzwischen nicht selten als dritte Gruppe wahrgenommen. Daran sieht man aber sehr schnell, dass hier etwas gleich gemacht wird, was nicht wirklich gleich ist – und das gilt eben auch für die vermeintlich „gleichen“ Mädchen bzw. Jungen.

Sollte man dann nicht doch wieder davon abkommen, die Geschlechtszugehörigkeit zu betonen und möglichst immer zu beachten?

Diese Frage kann man sofort verneinen, wenn damit ein Zurück zur Undifferenziertheit, zur Verwendung des generischen Maskulinums als Bezeichnung für „alle“ Geschlechter gemeint ist. Man kann die Frage aber (teilweise) bejahen, wenn man sie im Sinne eines „Vorwärts zur Genderkompetenz“ interpretiert. Was ist damit gemeint?

Geschlecht – eine soziale Konstruktion?

Entscheidend ist dafür, sich frei zu machen von der Vorstellung, die Geschlechtszugehörigkeit sei etwas „Natürliches“, bei dem biologische Merkmale über Verhaltensweisen bestimmten. Tatsächlich handelt es sich um eine soziale Konstruktion, bei der je nach historischer, gesellschaftlicher und sozialer Situation bestimmte Kriterien wichtig sind, die als Maßstäbe angelegt werden, um festzulegen, was „geschlechtsadäquat“ ist. Man spricht inzwischen von einem „doing gender“, d.h. von der Tatsache, dass wir im Umgang miteinander immer wieder sicherstellen müssen, als das „richtige“ Geschlecht erkannt und anerkannt zu werden. Kinder lernen das relativ schnell. Die entsprechenden Lernprozesse sind nur zu einem geringen Teil explizite Verhaltensanordnungen wie etwa „als Junge weint man doch nicht“ oder „als Mädchen klettert man nicht auf Bäume“.

Solche Einschränkungen halten die meisten Eltern heutzutage nicht mehr für angemessen. Entscheidend sind entsprechend subtile Annahmen und natürlich die alltäglichen Präsentationen durch andere Menschen, insbesondere aber auch durch die Medien. Kleidung, Accessoires, Spielzeug usw. sorgen für die Herstellung von Differenzen und damit für die „adäquate“ Inszenierung des Geschlechts. Geschlecht als soziale Konstruktion zu verstehen, heißt allerdings keineswegs, es sei beliebig und leicht zu ändern. Menschen, die ihr zugeschriebenes Geschlecht wechseln, erfahren sehr deutlich, wie schwierig es ist, sich neu zu inszenieren. Körper bieten wesentliche Erkennungsmerkmale für die Zuordnung und es gehört zum Lernprozess, den Körper ebenfalls „angemessen“ zu behandeln und zu präsentieren. Queeres Verhalten führt nicht selten dazu, dass die Interaktionspartner/innen verunsichert reagieren.

Geschlecht als soziale Konstruktion

B & E 3 | 2016

6

Für den schulischen Kontext laufen insbesondere Verhaltensannahmen über weibliche oder männliche Bedürfnisse, Schwächen oder Stärken Gefahr, zu Einschränkungen für die Schülerinnen und Schüler zu werden. Unterstellt man, Jungen hätten ein größeres Bewegungsbedürfnis und benötigten entsprechend mehr Raum zum Toben oder zum Fußballspielen, so schränkt dies die vielen Mädchen ein, die ebenfalls gerne toben oder Fußball spielen. Es begrenzt aber auch diejenigen Jungen, die gerne eine ruhige Ecke z.B. zum Lesen hätten. Glaubt man, Mädchen würden ihre Arbeiten ordentlich und zuverlässig erledigen, dann riskieren jene Mädchen, die sich damit schwer tun, härtere Sanktionen, während Jungen ein Stück weit freigestellt sind von entsprechenden Anforderungen – was sich letztlich ungünstig auf ihre Lernprozesse auswirken kann.

Genderkompetenz und die Rolle der Schule

Genderkompetenz bedeutet folglich als erstes, solche Einschränkungen nicht zu wollen. Sie erfordert darüber hinaus ein Wissen über die Herstellungsmechanismen von Geschlecht und schließlich ein Können im Umgang mit den notwendigen Differenzierungen und ihren Überwindungen. Fragen wir noch etwas genauer danach, was wir wollen, was wir dafür wissen und können sollten.

Zentral für pädagogische Ideen ist der Anspruch, jedem Individuum gerecht zu werden, alle zu fördern. Da Geschlecht in unserer Gesellschaft nach wie vor ein zentrales Merkmal für Gruppenzugehörigkeit und damit auch für Identitätsbildung ist, kommt man nicht um eine Differenzierung mit Blick auf Geschlecht herum.

Sich klar zu machen, dass Geschlecht jedoch kein natürliches, biologisch vorgegebenes Merkmal, sondern eine soziale Konstruktion ist, erfordert zunächst einmal, sich der eigenen Annahmen über „Geschlechtsadäquatheit“ bewusst zu werden. Wie sehe ich meine Schülerinnen, wie meine Schüler? Wo entgehen mir Interessen von Mädchen oder von Jungen, weil ich sie für „untypisch“ halte? Wie nehme ich „aufmüpfige“ Schülerinnen wahr – im Gegensatz zu „aufmüpfigen“ Schülern? Eine solche Selbsterkenntnis ist durchaus anspruchsvoll, weil sie viel mit der eigenen Identität – und ihrer Hinterfragung – zu tun hat. Sie ist aber auch deshalb anspruchsvoll, weil es uns nach wie vor schwerer fällt, Geschlecht als etwas zu erkennen, was getan wird. Wir sind in der Regel so routiniert darin, die Geschlechtszugehörigkeit zu erkennen, dass uns dies als „Erkenntnisprozess“ entgeht. Das speist erneut die Annahme von „Natürlichkeit“.

Wissen über Gendertheorien ebenso wie über die historische Entwicklung von Geschlechterverhältnissen, aber auch über die internationalen Unterschiede, die Vergleiche in den Lebensverhältnissen von Männern und Frauen in verschiedenen Ländern ausmachen, sind wichtige Mittel, um die eigene Wahrnehmung von Geschlecht, damit zugleich von Individuen zu differenzieren. Wenn ich weiß, dass Naturwissenschaften keineswegs in allen Ländern eine männliche Domäne ist, dann kann ich naturwissenschaftliche Schülerinnen viel leichter als Selbstverständlichkeit wahrnehmen, als wenn ich sie vor der Brille der „Besonderheit“ sehe.

Umgekehrt muss ich nun nicht alle Schülerinnen für Naturwissenschaften begeistern, sondern kann sehr wohl auch die in unserem Kulturkreis den Mädchen zugeschriebenen Interessen akzeptieren. Genderkompetenz meint keineswegs, alle gleich zu machen, sondern Vielfalt zu erkennen und anzuerkennen.

Geschlechtergeschichte ist überaus spannend und je genauer ein Bereich erforscht wird, umso differenzierter wird man sehen, dass hinter einer allgemeinen Unterscheidung von Männern und Frauen weit vielschichtigeren Entwicklungen liegen. So waren Mädchen zwar lange Zeit von Bildung jenseits der Elementarbildung ausgeschlossen, dennoch hat es auf vielen Ebenen Formen gegeben, wie auch Töchter Vieles gelernt haben: Bei Privatunterricht der Brüder konnten sie häufig teilnehmen, als Familienmitglieder von Zunftbetrieben waren sie sehr wohl in die Arbeitstätigkeiten einbezogen und benötigten entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten. Es hat immer explizite und implizite Regeln dafür gegeben, was Männer mussten und durften und was Frauen mussten und durften – es hat aber immer auch Aushandlungen, Verstöße, Veränderungen gegeben. Darüber mehr zu wissen, wäre für alle Lehrkräfte wichtig.

Genderkompetenz zeigt sich letztlich dann aber im Können: Wissen und Wollen umzusetzen in entsprechendes Handeln. Dafür gibt es keine Rezepte, weil dies abhängig ist von den je konkreten Konstellationen.

Man kann aber sagen – und damit auf die Ausgangsfrage nach der Rolle, die Geschlecht spielen soll, zurückkommen – dass weder eine Dramatisierung von Geschlecht, d.h. ein ausschließlich durch die Genderbrille bestimmter Blick hilft, noch eine Entdramatisierung als Vernachlässigung von Geschlecht.

Achtet man nicht primär auf Geschlechterdifferenzen, sondern auf die Herstellungsmechanismen von Geschlecht, dann bewirkt dies bereits, Stereotypisierungen entgegen zu treten ohne zugleich notwendige Orientierungen zu vernachlässigen. Ziel müsste sein, eine der jeweiligen Situation angemessene Balance zu halten zwischen einer Dramatisierung und einer Entdramatisierung von Geschlecht.

Am ehesten kann man noch vermuten, dass die Dramatisierung für die reflektierte Wahrnehmung hilfreich, die Entdramatisierung für die konkrete Handlung leitend sein sollte.

Prof. Dr. Hannelore Faulstich-Wieland
Universität Hamburg
hannelore.faulstich-wieland@uni-hamburg.de

7

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungsanalyse für Frauen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✓ mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können
- ✓ wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben
- ✓ wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen:
FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de oder Telefon 0800 292 22 74.

Empfohlen vom
dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



Ein Unternehmen der AXA Gruppe 

Schutz und Sicherheit
bei
Dienst- und
Berufsunfähigkeit



NÜRNBERGER
Beamten Versicherungen

Partner für den Öffentlichen Dienst seit 1908

Sabine Krause-Wichmann
Kurfürstendamm 40/41, 10719 Berlin
Telefon 030 88422-310
Sabine.Krause-Wichmann@nuernberger.de

Klare Kante gegen Gewalt!

Subjektiv gefühlt nimmt Gewalt und die Bereitschaft, Gewalt auszuüben, in unserer Gesellschaft immer mehr zu. Auch an der Schule als Spiegel der Gesellschaft ist dieses Phänomen zu beobachten. Konflikte eskalieren schneller, öfter und werden mit härteren Mitteln ausgetragen. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Es muss immer klar sein, dass Gewalt nicht verhandelbar ist. Wer Gewalt ausübt, übertritt eine rote Linie des gesellschaftlichen Miteinanders – und wird straffällig.

Wir beobachten zunehmend, dass auch Gewalt gegen Lehrkräfte kein Einzelfall ist. Es ist keine Ausnahme mehr, die Lehrkraft zu beleidigen, im Internet zu verunglimpfen oder sie sogar tödlich anzugreifen. Die Tätergruppen sind unterschiedlich: Eltern, Schülerinnen und Schüler oder auch andere Lehrkräfte. Die Opfer haben alle eine Gemeinsamkeit. Sie haben den Angriff nicht verdient. Egal, ob die Versetzung gefährdet ist, die kulturellen und gesellschaftlichen Vorstellungen divergieren oder man sich einfach unsympathisch ist. Es muss es immer einen gewaltfreien Weg geben, einen Konflikt zu schlichten. Das ist alternativlos. Was aber passiert, wenn jemand Opfer von Gewalt geworden ist? Zum einen benötigt die Person Unterstützung durch das soziale Netz und durch Experten, um die Situation verarbeiten zu können. Zum anderen muss diese Person erwarten können, dass Vorgesetzte, soweit die Tat im Zusammenhang mit der Ausübung des Amtes steht, uneingeschränkt für sie einstehen. Wenn die schulischen Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen als Reaktion nicht hinreichen und der Täter oder die Täterin strafmündig ist, muss ein Angriff auf eine Lehrkraft, strafrechtlich verfolgt werden. Jedenfalls sind Relativieren und Wegschauen keine Lösungen. Die Reputation der Schule darf nicht mehr zählen als das Recht des Einzelnen.

Es geht nicht darum, den Schwarzen Peter zu verteilen. Wir wissen, dass viele Schulleiter couragiert für ihr Kollegium einstehen. Auch in den Schulämtern findet langsam ein Umdenken statt. Klar ist aber auch, dass die langsame Erkenntnis nicht ausreicht. Von der Politik wird das subjektive Gefühl steigender Gewalt mitgetragen. Doch das reicht nicht. In den Statistiken muss endlich erfasst werden, gegen wen sich ein Angriff gerichtet hat und nicht nur, wo er stattfand. Nur so erhalten wir belastbare Zahlen und Vergleichswerte, um die Dimension des Problems zu begreifen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Wir brauchen also eine klare Einstellung gegen jegliche Gewalt und den Mut und die Unterstützung, entsprechende Vorfälle anzuzeigen. Wichtig ist auch, verbale Gewalt bereits im Keim zu ersticken. Wer eine Gesellschaft möchte, in der Konflikte konstruktiv ausgetragen werden können, muss seinen Sprachgebrauch diesem Anspruch anpassen. Daher unterstützt der VBE ausdrücklich das Manifest des BLLV gegen die Verrohung der Sprache. Denn: Haltung zählt!

Was wir zusätzlich benötigen, sind Rahmenbedingungen, die bestimmte Konflikte gar nicht erst entstehen lassen. Erziehung kann nur gelingen, wenn Beziehungen aufgebaut wurden. Das braucht Zeit. Der Unterricht in zu großen Klassen und zu kleinen Räumen und zu wenig Zeit für Elterngespräche begünstigen Konflikte. Hier ist die Politik gefordert. Damit die Lehrkräfte nicht im Regen stehen gelassen werden.

Udo Beckmann
VBE-Bundesvorsitzender
u.beckmann@vbe.de

B & E 3 | 2016



Udo Beckmann,
Bundesvorsitzender
des Verbandes
Bildung und
Erziehung (VBE)

Schach-Matt in der Wertediskussion

Warum Wegschauen keine Ent-Dramatisierung bringt

Gender umfasst, was in einer Kultur als typisch für ein bestimmtes Geschlecht angesehen wird. Nun ist Deutschland nicht erst seit der Flüchtlingskrise von 2015 Einwanderungsland. Hier treffen aus verschiedenen Kulturkreisen unterschiedliche Vorstellungen davon aufeinander, was typisch weiblich oder männlich ist.

B&E sprach mit Simone Fleischmann, Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands, und Tomi Neckov, 2. stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands, darüber, was das für Schule und Gesellschaft bedeutet und wie damit umgegangen werden kann.

Wie steht es mit „Gender und Kultur“ an den Schulen?

Fleischmann: Ich glaube, dass es eine Chance ist, wenn wir Konflikte, die in Deutschland – zumindest scheinbar – ausdiskutiert waren, jetzt noch einmal neu denken müssen. Der Dialog mit geflüchteten Familien und mit Menschen anderer Nationalität kann dabei helfen, dass wir uns über unsere Rollen klarer werden und sollte dazu führen, dass wir unseren eigenen Wertekanon schärfen. Dafür sollten wir im ständigen Dialog darüber bleiben, wie wir als Mann und Frau im Miteinander agieren. In der Schule, der Gesellschaft, der Politik, beim Frisör, genauso wie im Bundestag. Das ist für mich die Chance der Einwanderungsgesellschaft.

Neckov: Ganz praktisch merke ich immer wieder, dass an der Schule nur wenige Informationen über die verschiedenen Kulturen vorhanden sind, gerade bei Flüchtlingskindern oder Kindern mit Migrationshintergrund. Dieses Informationsdefizit führt immer wieder zu Missverständnissen, gerade, was die Rolle der Frau oder der Lehrerin betrifft. Ich empfinde das als eine Frage des Respekts voreinander, mich mit der Kultur meines Gegenübers auseinanderzusetzen. Dazu gehören Fragen des Umgangs von Erwachsenen miteinander, also zum Beispiel einem Lehrer und einer Mutter, die sich die Hände schütteln oder nicht. Es geht genauso um den Umgang von Jungen mit Migrationshintergrund mit Lehrerinnen. Teilweise ist in den Familien ein kulturell anders geprägtes Frauenbild vorhanden, das so auch vorgelebt wird. Da ist es dann wichtig, in der Schule zu vermitteln, dass auf eine Lehrerein genauso gehört werden muss, wie auf einen Lehrer.

Einwanderung ist eine Chance und gleichermaßen eine Herausforderung. Wir brauchen Antworten auf die Fragen, wie das Informationsdefizit behoben, eine gegenseitige Sensibilisierung für die Kultur stattfinden und die einzelne Schülerin und der einzelne Schüler integriert werden kann.

Fleischmann: Ich möchte gerne ein Beispiel dafür geben, wie unbedarft teilweise mit der Kultur Anderer umgegangen wird. An meiner früheren Schule waren in der nebenan liegenden Turnhalle unbegleitete Flüchtlinge untergebracht. Eines Tages habe ich drei Mädchen dabei beobachtet, wie sie dort kokettierendes Schaulaufen betrieben. Die Männer konnten mit dieser Situation überhaupt nicht umgehen und ich selbst fand das Verhalten der Mädchen so daneben, dass ich sofort raus gerannt bin und mir die drei geschnappt habe. Die Situation wurde dann im Sitzkreis besprochen. Erst in der Diskussion habe ich gemerkt, dass sich die Mädchen gar nicht vorstellen können, warum diese Männer auf ihre weiten Ausschnitte, kurzen Röcke und den kokettierenden Gang nicht reagiert haben. Ich habe dann den Dolmetscher und zwei der jungen Männer aus der Unterkunft eingeladen und das Thema mit ihnen in der Klasse besprochen. Fazit war, dass die Flüchtlinge sehr gut erzählen konnten, welches Frauenbild sie haben, warum sie nicht reagiert haben, wie sie das Verhalten in Scham versetzte und warum sie nicht wussten, wie sie mit der Situation umgehen sollten. Unsere Jugendlichen hingegen konnten mit nichts, aber wirklich mit gar nichts, antworten, was denn unsere Werte sind und warum sie sich so verhalten haben. Das hat mich Schach-Matt gesetzt! Schlussendlich haben wir das dann als Chance begriffen, anschließend darüber zu diskutieren, was Frau sein eigentlich bedeutet.

Neckov: Das Unwissen ist aber auch bei den Erwachsenen vorhanden. Jungs aus anderen Kulturkreisen schauen einen, wenn sie etwas angestellt haben, aus Scham nicht in die Augen. Es gibt aber Lehrkräfte, die darauf beharren, dass bei der Entschuldigung die Hand gegeben wird und man sich in die Augen schaut. Das führt zu nichts. Für mich steht daher im Vordergrund, das Informationsdefizit zu beseitigen und eine Diskussionskultur zu leben, voneinander zu lernen.

Wir setzen uns also nicht nur mit den Werten der anderen Kulturen auseinander, sondern auch nochmal ganz neu mit unseren Werten?

Fleischmann: Ja, das ist genau meine Botschaft. Das ist die Chance.

Riesenziel muss sein, irgendwann gar nicht mehr von „wir“ und „die“ zu sprechen. Ich weiß, dass ich diese Unterscheidung auch noch mache und wir auch noch lange nicht soweit sind. Aber ist es nicht eine schöne Vision, wenn uns alle Unterschiede zu einer Diskussion darüber führen, wie wir in diesem Land miteinander umgehen wollen?

Wie kann das Aushandeln funktionieren?

Wie wird der Diskurs in der Schule angestoßen?

Neckov: Wir haben Projektwochen, in denen wir die verschiedenen Nationen gegenseitig vorstellen. Da wird gekocht, gespielt, getanzt, also aus allen Bereich etwas eingebracht. Was auch einen Rieseneffekt hat: Projekte mit Migranten, die Vorbilder sind. Das ist wichtig, um aufzuzeigen, dass man auch, wenn man kein Deutscher ist, Chancen hat, in Deutschland etwas aus seinem Leben zu machen. Knackpunkt für mich sind die Eltern. Wir haben bis jetzt noch keinen Weg gefunden, wie wir die besser mit einbeziehen können. Da suchen wir noch nach Ideen.

Fleischmann: Ich finde es gut, wenn jedes hinzukommende Kind an der Weltkarte angeben kann, wo es herkommt und anschließend über das Land gesprochen wird. So kann man aus verschiedenen Perspektiven herangehen, um zu klären, was das für ein Land ist und was es ausmacht. Auch in der Aula der Schule kann eine Weltkarte verdeutlichen, aus welchen Nationen die Kinder der Schule kommen. Außerdem sollte versucht werden, alle Kinder zu repräsentieren. Das heißt auch, Kinder mit Migrationshintergrund darin zu unterstützen, Klassen Sprecher zu werden. Bei uns hat das nicht nur bei dem Schüler damals echt was bewegt, sondern auch im Elternbeirat. Plötzlich engagierten sich Eltern mit Migrationshintergrund viel intensiver und neue, andere Themen wurden eingebracht.

Wie schaffen es die unterschiedlichen Kulturen in ein gemeinsames, modernes Deutschland zu münden?

Fleischmann:

Alles steht und fällt mit der Diskurskultur. Wir haben ja gerade das Manifest „Haltung zählt!“ veröffentlicht, da wir der Meinung sind, dass die Verrohung der Sprache nicht hingenommen werden darf. Wir brauchen einen Konsens darüber, welche Wörter noch akzeptabel sind und welche Grenzen nicht überschritten werden dürfen. Wir brauchen eine Kultur, die uns Konflikte respektvoll austragen lässt. Das müssen Schülerinnen und Schüler in jedem Prozess, der in Schule passiert, stets erleben können, sei es in der Aula beim Anstellen, sei es bei den Ausflügen, sei es bei den Leistungserhebungen.

Müssen Frauen aus anderen Kulturkreisen sich emanzipieren, um an einem gleichberechtigten Dialog teilnehmen zu können?

Fleischmann: Es wäre anmaßend, ein Frauenbild zu propagieren, nach dem alle anderen zu leben haben. Wir müssen immer überlegen, was die Kultur der anderen Frau ausmacht. Muss sie denn so freiheitlich, so direkt, so offen, so präsent reagieren, wie manche deutsche Frau? Damit wertet man das eigene Frauenbild als besser, richtiger, emanzipierter. Natürlich ist mein Wunsch, dass alle Frauen offen an der Gesellschaft teilnehmen, aber ich maße mir nicht an, meine Werte und meine Art des Auftritts Frauen aus anderen Kulturen als den richtigen Auftritt zu empfehlen.

Das heißt, dass Aushandeln unserer Werte kann auch dazu führen, dass wir einen anderen Konsens finden, als wir ihn bisher hatten?

Fleischmann: Absolut. Und wenn wir das nicht tun, dann ist es auch kein Konsens. Dann sagen „wir Deutsche“, wo es langgeht. Das möchte ich nicht.

Neckov: Man muss aber auch das Gegenteil betrachten. Ich erlebe Familien und kenne Frauen, gerade bei den konservativen Muslimen, die zu Hause sehr kurz gehalten werden. Die dürfen kein Deutsch lernen, die müssen zu Hause bleiben, die haben definitiv nichts zu sagen und wir haben dann deren Kinder bei uns an der Schule, die sich das abgeschaut haben. Das muss man natürlich thematisieren in der Schule, da kann man die Kinder dann dahingehend erziehen, dass man sagt: „Pass aus, wenn Du was gegessen hast, dann musst Du aber bitte deinen Teller auch wieder selbst abräumen. Da kommt jetzt niemand und räumt das ab.“

Das, was wir in der Schule machen, müsste aber viel stärker auch in der Gesellschaft passieren, zum Beispiel über interkulturelle Wochen, um diese Kluft zwischen einer emanzipierten Frau auf der einen Seite und dem genauen Gegenteil, der Frau, die daheim kaum Rechte hat, zu überwinden und einen Mittelweg zu finden. Schule allein kann das nicht regeln. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Fleischmann: Bin ich ganz d'accord. Ich meine einfach, dass es immer Unterschiede geben muss und darf. Es ist falsch verstandene Integration zu sagen: „Ich bin Deutsche. Wir leben in Deutschland und jetzt nimmst Du, gute Frau, meine Haltung deswegen an, weil Du jetzt auch hier lebst.“ Damit werden wir nicht weiterkommen.

Sie wollen also keine Assimilation, sondern Integration, wofür ein gemeinsamer Wertekanon auszuhandeln ist. Sehen Sie es als notwendig an, dafür „Gender“ in der Schule auch immer wieder zu thematisieren?

Neckov: Vorzuleben! Nicht nur thematisieren, sondern vorleben. Die Kinder müssen zum Beispiel wissen, dass wir respektvoll und wertschätzend mit Frauen und Mädchen umgehen. Wenn ich mit den Kindern gemeinsam esse, warte ich nicht darauf, dass mir jemand den Teller abräumt, sondern räume ihn selbst in die Spülmaschine ein. Langfristig zum Erfolg führt nur, wenn wir nicht nur darüber reden, sondern es vorleben.

Führt das Ansprechen zu einer Dramatisierung des Geschlechts?

Fleischmann: Nein! Ich dramatisiere solche Konflikte, indem ich es nicht anspreche. Ich dramatisiere es, in dem ich mehrfach beobachtet habe, dass dieser Junge mit diesem Mädchen so umgeht, wie ich es mir nicht wünsche, und ich das laufen lasse und die Augen zumache. Es ist notwendig, solche Konflikte auf jeder Ebene zu thematisieren, sie sofort aufzugreifen, das Wahrgenommene zum Thema zu machen und sich als Mensch und Lehrer mit seinem eigenen Wertekanon zu zeigen. Wenn einer in der Klasse gebrüllt hat „Scheiß Ausländer“, lass ich den Pythagoras sein und mache zum Thema, was hier gerade im Raum ist. Ich weiß, dass ist ein hehrer Anspruch, aber wir kommen sonst mit unserer Verantwortung, die wir als Lehrerinnen und Lehrer in der Gesellschaft übernehmen, nicht weiter.

Gerade im Kontext der Veröffentlichung des BLLV-Manifests zeigt sich, dass die Kolleginnen und Kollegen voll hinter uns stehen.

Freilich bedeutet das Arbeit, freilich bedeutet das Engagement, aber wir spüren, dass die Kolleginnen und Kollegen diese Verantwortung an sich nehmen wollen, dass sie nicht wegschauen wollen. Aber wir sehen auch, dass wir sowohl in der Genderthematik als auch bei der interkulturellen Begegnung Hilfen brauchen, ob das Integrationsberater, Schulpsychologen oder externe Experten sind. Es kann nicht alles die Lehrkraft leisten. Eine Ent-Dramatisierung im Sinne von Wegschauen darf es aber nie geben.

Auch haarige Gespräche mit den Eltern müssen manchmal sein. Immer im Bemühen, einen Konsens auszuhandeln, alle Perspektiven annehmen und auch die Möglichkeit zum Einfühlen geben. So könnte man fragen: Können Sie sich vorstellen, dass das für die Lehrerin unangenehm war?

Neckov: Was sehr gut funktioniert ist, sich Menschen an die Schule zu holen, die selbst Migrationshintergrund haben, aus einer anderen Kultur stammen und das dann auch thematisieren. Bei uns kommt ein türkischer Kickboxer an die Schule, der deutscher Meister in seiner Gewichtsklasse war. Der hat Vorbildfunktion. Der macht mit den Kindern nach dem Unterricht Kickboxtraining - und bespricht auch Konflikte. Ich habe damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Jemand aus einer ähnlichen Kultur, der schon länger hier ist, zwischen den beiden Kulturen lebt und Einblick in die Lebenswelt hat, kann den Jungen das ganz anders vermitteln.

Zum Schluss: Was darf in der Diskussion nicht vergessen werden?

Fleischmann: Jugendliche brauchen die Grenzüberschreitungen. Jugendliche werden nur erwachsen, wenn sie sich reiben dürfen. Wir hatten immer und wir brauchen auch Jugendliche, die Erwachsene an den Rand bringen, die Grenzen überschreiten, die klar machen, wo sie selber ein Problem haben, warum sie jetzt mit den anderen in Konflikt kommen. Das ist alles auch eine Chance, um das dann anzupacken. Wenn alles reibungslos funktionieren würde, würde keine Entwicklung stattfinden.

Neckov: Der Schlüssel ist der Respekt im Umgang miteinander. Wir brauchen Respekt, funktionierende Vorbilder und Lehrkräfte, die respektvoll untereinander umgehen und die respektvoll mit den Schülern umgehen, egal welcher Herkunft sie sind oder welches Aussehen sie haben. Lehrkräfte also, die das leben, was sie versuchen, zu vermitteln. Ich glaub, dann kommen wir ein Stück weit weiter. Nur über das respektvolle Miteinander können wir Konflikte bei den Themen Integration und Gender meistern.

Für das Gespräch bedankt sich Anne Roewer.

Bildung zur Nation? Eine Notiz zur Debatte über „Integration“

Heinz-Elmar Tenorth

Das war zu erwarten, dass die „Integration“ der Geflüchteten auch als Aufgabe von „Bildung“ interpretiert werden würde. Natürlich, auch Juristen und die Polizei, Kirchen und Ehrenamtliche werden beteiligt, das Ausländer- und Asylrecht sind ebenso Thema wie die Ordnung des Zugangs und die Sicherung der Grenzen, die unmittelbare Hilfe zum Leben, Arbeit oder ein menschenwürdiger Aufenthalt auf Dauer.

Aber wie bei allen Fragen von öffentlicher Brisanz, die irgendwie mit Menschen und ihrem Verhalten zu tun haben, verlangt die öffentliche Debatte nach „Bildung“. Dann wird dem Bildungssystem von der Vor- und Grundschule und die Sekundarschulen über die berufliche Bildung bis zu Hochschulen und Weiterbildung diese Aufgabe zugewiesen. Aber was darf man erwarten und – noch wichtiger – aus der Perspektive von Schule und Lehrer, mit Aussicht auf Erfolg, überhaupt versprechen? Ein Moment des Innehaltens ist deshalb notwendig, nicht um legitime Erwartungen abzuwehren, sondern um sie zu klären; denn schon die leitenden Begriffe stiften eher Verwirrung als Klarheit.

Von der Einheit zur Multikulturalität

Das gilt vor allem für „Integration“, eine selbstverständliche Formel in der öffentlichen Debatte, gleichermaßen als Referenz für Programme, Instrumente und Ziele genutzt. „Integration“ bedeutet im Lateinischen sowohl Erneuerung als auch Wiederherstellung, und zwar einer Ordnung, die nicht mehr als „integer“ gilt, also nicht mehr als „unversehrt, heil, ganz“. In der Geschichte des Begriffs, die im frühen 20. Jahrhundert folgenreich mit dem Verfassungsrechtler Rudolf Smend einsetzt, galt die Weimarer Republik als ein gesellschaftlicher Zusammenhang, dem diese Merkmale – „unversehrt, ganz, heil“ – nahezu vollständig fehlten. Im Plädoyer für Integration formulierte er die politische Aufgabe, angesichts einer konfligierenden Vielfalt von Normen und Werten, Milieus und Gemeinschaften, Parteien und Verbänden, parlamentarischer Praktiken und sozialer Ordnungen die Einheit der Nation neu zu stiften, und zwar über einen idealen Staat oberhalb der streitenden Parteien und der Pluralität der Meinungen.

Staatspädagogen wie Spranger definierten Bildung entsprechend als „Durchseelung des Staates und Durchstaatlichung der Seele“. 1933 wurde sichtbar, wie diese neue Einheit aussehen konnte, hoch integriert, in radikaler Exklusion des Fremden in der „Volksgemeinschaft“ vereint.

Es war diese Hypothek gegen Parlamentarismus, Demokratie und Pluralität, die den Begriff in seiner Renaissance im späten 20. Jahrhundert angesichts zunehmender und nicht mehr zu leugnender kultureller Heterogenität unserer Einwanderungsgesellschaft lastete. Die positive Besetzung von „Multikulturalität“ war als Abwehr von Einheitszuminungen vor diesem Hintergrund intuitiv verständlich, schon die Durchsetzung von Deutsch als Verkehrssprache gegen die Vielfalt der Mutter- und Herkunftssprachen galt als verdächtig, drohte sie doch der eigenen Identität entfremdet zu werden. Der (damalige) türkische Ministerpräsident Erdogan setzte, 2012, in einer Rede in Köln, Integration polemisch mit „Assimilation“ gleich, also der völligen Aufgabe der Herkunftskultur und dem Aufgehen in der neuen Kultur, und nannte das ein „Verbrechen gegen das Menschenrecht“.

Von solchen Verdächtigungen hatte sich die Integrationsdebatte aber damals schon gelöst. Einerseits war das hohe Lied der Multikulturalität angesichts unerwünschter Folgen erheblich leiser geworden, ohne dass Homogenisierung propagiert wurde. Gleichzeitig waren Standarderwartungen, etwa Kompetenz in der Verkehrssprache oder die Abwehr von Parallelgesellschaften, inzwischen unbestritten.

Kultur der Pluralität

Deutschland bleibt deutsch – die Nation als Referenz

Der latente Konfliktgehalt der Integrationsdebatte und die Kontroversen über Einheitsformeln wurden allerdings mit der AfD und den Flüchtlingsbewegungen zumal seit 2015 neu brisant. Über eine gültige und anzuerkennende „Leitkultur“ wird debattiert (ohne dass jemand sie bis heute klar definiert hätte), die Bundeskanzlerin verspricht, dass Deutschland „deutsch“ bleiben werde, und auch sie meint wohl Anderes als das Staatsbürgerrecht – aber was genau? Kann „Nation“ wieder eine Referenz werden, aber in welchem Sinne? Außer der AfD, die tatsächlich meint, man könne sogar „völkisch“ zur Qualifizierung nutzen, sind die nationalistischen Verirrungen als Hindernis neuer Einheitsbegründung eindeutig präsent und das pluralistische Selbstverständnis von Staat und Gesellschaft ist unantastbar.

Im „Verfassungspatriotismus“ und in der Anerkennung der Grundrechte besteht ja auch eine legitime Form kollektiver Identität, aber anders als Smend noch hoffte, sind die Symbole des Staates und die Praktiken des politischen Systems, z.B. die Wahlen, offenbar keine hinreichenden Mechanismen der Integration. Sie wird auch mit weiteren Erwartungen belastet. Die Bundeskanzlerin erwartet „Solidarität“, Bundesinnenminister de Maiziere die Übernahme von „Verantwortung“: „Nicht jeder Migrant, der eine Arbeitsstelle habe, etwas Deutsch spreche und nicht straffällig sei“, so wird er aktuell zitiert, „sei auch gut integriert. Viele von ihnen hielten sich weiter in ihrer eigenen Gemeinschaft auf. Das Ziel müsse sein, dass sich die Menschen für die Gesellschaft verantwortlich und sich zugehörig fühlen.“ Ihm ist „Gemeinschaft“, d.h. die Vielfalt der sozialen Bezüge, denen wir alle, nicht allein die Migranten, zugehören, die Milieus und Kulturen, Konfessionen und Ethnien, sozialen Klassen und Verbände, anscheinend nicht genug. „Gesellschaft“ als übergreifende Einheit ist ihm wichtig, und im Hintergrund erkennt man die Sorge, z.B. des Bundesverfassungsgerichts, dass „Parallelgesellschaften“ entstehen.

Bildung – Motor der Integration?

Deren Verhinderung wird der Schule zugeschrieben, „Bildung“ kommt – neben der Eingliederung in den Arbeitsmarkt – als wesentliches Instrument ins Spiel, um Integration zu ermöglichen. Das Dilemma ist nur, dass damit ein diffuser Begriff durch einen anderen, ebenso vielfältig gedeuteten, nicht selten emphatisch

besetzten Begriff ersetzt wird. Bleibt man unterhalb der Emphase, schon weil sich daraus schlecht realisierbare Programme ableiten lassen, wie der Bildungshistoriker weiß, dann geht es um die Konstruktion von Kompetenzen, um sprachliche zuerst, und weitere, nicht allein kognitive Fähigkeiten, auch um Verhaltensstandards, um die Bildung von Erwartungen in Bezug auf sich selbst und die Welt, auf die individuellen und kollektiven Zukünfte, um Werte und Normen, letztlich um die Konstruktion von Identität.

Den eigenen Lebenslauf selbstverantwortlich als Bildungsgang gestalten zu können, das ist die Erwartung an grundlegende allgemeine Bildung. Schulen sind dafür bevorzugte Orte. Zuerst, im Kindes- und Jugendalter, um die Sicherung von Teilhabefähigkeit zu erreichen, später und für Erwachsene, um Fähigkeiten zu erproben, die in der neuen Welt politisch oder beruflich notwendig sind.

Schulen haben dafür den Vorzug, als Mikrokosmos der Gesellschaft nicht allein systematisches Lernen zu ermöglichen, sondern wie nebenher, aber nicht zufällig, schon durch die Teilhabe an der Organisation, am „Schulleben“, alltäglich erzwungen, auch weitere Erfahrungen zu eröffnen. Vor allem dem Umgang mit dem Fremden, mit anderen als eigenen Kulturen, kann man sich dort nämlich nicht entziehen. Deshalb ist Schulpflicht so wichtig, deshalb hat das Bundesverfassungsgericht ihr auch den Primat gegenüber dem Elternrecht eingeräumt, damit man sich nicht in der eigenen Welt abkapselt, sondern unausweichlich der Erfahrung des Fremden konfrontiert wird und die Fähigkeit im Umgang mit Anderen erwirbt.

Zivilgesellschaft – Nation ohne Nationalismus

In der Tradition der Bildungstheorie war das der Prozess der „Zivilisierung“, der hier eröffnet wurde, Einführung in die Kultur und ihre Lebensweise, die dort als Zivilgesellschaft, als moralische „Nation“, ganz ohne Nationalismus, verstanden wurden. Das bedeutete die Erprobung von Freiheit und eigener Handlungsfähigkeit, unter professioneller Betreuung, vertraut werden mit den kulturellen Traditionen und Selbstverständlichkeiten, die in der Schule wie nirgends sonst im Lebenslauf für alle in gleicher Weise alltäglich gefordert werden: die Ordnung von Zeiten und Räumen, Rituale der sachlichen und sozialen,

gerechten, Ordnung der Welt, die Gleichzeitigkeit der individuellen Zurechnung von Leistungen und kollektiver Sichtbarkeit.

Von „Regierung“ der Individuen und von „Zucht“ als Prämisse für Bildung sprach die Tradition; in der Eigenlogik der Schule, ihrer Formen der Kommunikation und Interaktion zeigt die aktuelle Schulforschung, was Sozialisation und Enkulturation hier leisten, als Ermöglichung von Individualisierung, nicht als Vereinheitlichung. Allerdings, man muss regelhaft anwesend sein und sich an den Erwartungen der Schule abarbeiten, um sich selbst zu bilden, frei zu werden für autonomes Handeln auch gegen das eigene Milieu – das kann nicht stellvertretend geschehen. Insgesamt: Wer Integration propagiert, müsste die Schule erfinden, und wer Integration in eine Kultur der Pluralität, der Offenheit und Gestaltbarkeit verlangt, kann auf Schule nicht verzichten. Bewusstsein und Anerkennung von Differenz kann man nämlich erwarten.

Man muss nur hoffen, dass Schulen solche Welten wirklich darstellen, von denen das Bundesverfassungsgericht und die pädagogische Theorie der Schule reden: Durchsetzung der Beschulung auch für alle Migranten, von Anfang des Aufenthalts im Lande an, unbeschadet von rechtlichen Restriktionen über Bleiberecht oder Aufenthaltsstatus ist dabei der erste Ausdruck des Rechts auf Bildung. Als Organisationsproblem scheint das halbwegs gelöst, aber die materielle Sicherung der Beschulung ist noch nicht Bildung. Sie verlangt ausgefeilte Programme, professionelle Kompetenz und Unterstützung von außen, keine Separation der zu Integrierenden, sondern wirklich Heterogenität, angefangen im vorschulischen Bereich, eingebunden in eine realistische Perspektive, die den gesamten Bildungsgang umfasst, also auch den Übergang in Beruf und Studium, Arbeit und Weiterbildung.

Schule kann erfolgreich integrieren – aber nicht allein Schule kann dann auch erfolgreich sein, wie die Bildungskarrieren bei Migrationshintergrund heute zeigen, z.B. mit einem starken Anstieg in der Teilhabe am Abitur und beim Zugang in akademische Berufe. Aber natürlich, Ungleichheit der Chancen ist nicht zu übersehen. Herkunft und Bildung spielen hier zusammen, Armut ist auch ohne Migrationshintergrund als Faktum präsent, aber in der Koppelung mit Migration zweifach benachteiligend, Schule allein kann das nicht beseitigen.

Dann drohen Desintegration und Exklusion, Ausschluss von den Möglichkeiten, die in unserer Gesellschaft vermeintlich allen offenstehen. Das ist das wirkliche Integrationsproblem, dass die Fähigkeit zur Teilhabe an Gesellschaft unsicher wird, weil der wesentliche Mechanismus der Integration, die Sicherung der materiellen Reproduktion – „Wohlstand für alle“ war der alte Slogan, „Bildung für alle“ sein Nachfolger – nicht mehr für alle garantiert ist. Das gilt unabhängig vom „Migrationshintergrund“, als bedrohliches Szenarium einer Zukunft auch für die, um deren politische und soziale Integration man sich jetzt sorgt.

Prof. Dr. em. Heinz-Elmar Tenorth
Humboldt-Universität zu Berlin
tenorth@hu-berlin.de



Lehrkräfte wertschätzen, ihren Status verbessern!

Internationaler Tag des Lehrers am 5.10.2016

In Erinnerung an die Ratifizierung der „Charta zum Status der Lehrerinnen und Lehrer“ von UNESCO und der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, einer Sonderorganisation der UN, am 5. Oktober 1964, wird an diesem Tag alljährlich weltweit der Lehrertag begangen. Die internationale Bildungsgewerkschaft, Education International, hat dieses Mal das Motto „Lehrkräfte wertschätzen, ihren Status verbessern“ herausgegeben. Tatsächlich ist die Wertschätzung gegenüber den Lehrkräften, insbesondere seitens der Politik, ausbaufähig. Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender führte aus: „Ein wertschätzender Umgang setzt eine Empfänglichkeit für die Bedürfnisse des Gegenübers voraus.“

Die Politik ist aber oft so weit entfernt von dem Alltag an der Schule, dass Entscheidungen ohne Realitätsbezug getroffen werden. Das ist unverantwortlich und entbehrt jeder Wertschätzung für Lehrkräfte.“ Bei all den hohen Anforderungen fehlen die entsprechenden Gelingensbedingungen. Beckmann beklagte: „In der Politik herrscht eine große Selbstverständlichkeit darüber, was Lehrkräfte allein, in zu kleinen Schulräumen mit zu großen Lerngruppen alles zu schaffen haben.“ Er warnte daher: „Das ist nicht nur eine Gefahr für die Lehrer*innen-Gesundheit, sondern schadet auch dem Image des Lehrerberufs.“

Ganz im Sinne des Mottos, den Status von Lehrkräften zu verbessern, erinnerte der VBE die Politik außerdem an langjährige Forderungen. „Die Verbeamtung der Lehrkräfte in allen Bundesländern muss genauso umgesetzt werden, wie die gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit. Damit würden endlich alle Lehrkräfte unabhängig von Schulform und Schulstufe gleich bezahlt werden“, sagte der Bundesvorsitzende Beckmann.

Bildungsungerechtigkeit bekämpfen

Die Föderalismusreform und damit auch das Kooperationsverbot sind bereits 10 Jahre in Kraft. Für den Bildungsbereich bedeutet das vor allem, dass die Finanzierung der Schulen allein von den Ländern zu tragen ist. Der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, machte deutlich: „Mit dem Kooperationsverbot wird Bildungsungerechtigkeit zementiert. Dass in einem Land wie Deutschland die Bildungschancen auch stark vom Wohnort abhängig sind, können sich auch die Verantwortlichen für die Föderalismusreform auf die Fahnen schreiben.“

Empirisch belegt wird dieser Missstand von verschiedenen Publikationen, insbesondere dem Bildungsbericht 2016, der alle zwei Jahre von dem Bundesbildungsministerium zusammen mit der Kultusministerkonferenz herausgegeben wird. Der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, kommentierte den Bildungsbericht wie folgt: „Die Ergebnisse zeigen ganz klar, dass Bildungschancen immer noch stark abhängig von Wohnort und Umfeld sind. Die bisherigen Bemühungen zeigen zwar Wirkung, aber es ist noch deutlich mehr Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen notwendig, um Chancengleichheit in ganz Deutschland zu verwirklichen. Da ist noch viel Luft nach oben.“

Erfreulich sei, dass die Kritik der Lehrerorganisation fruchtet. Zwar konnte das eigens gesetzte Ziel der Bundesregierung, 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Bildung auszugeben, noch nicht erreicht werden. Der Anteil am BIP hat sich jedoch erkennbar erhöht. Hierzu sagte der Vorsitzende: „Bildung kann nur zum vielbeschworenen Schlüssel der Integration werden, wenn die Politik bereit ist, hinreichend Geld zur Verfügung zu stellen und die Gelingensbedingungen stimmen.“

Auch der UNICEF-Lagebericht offenbarte, wie unterschiedlich die Situation von Flüchtlingskindern in Deutschland ist. Viele Kinder werden nicht oder lediglich mit Ersatzunterricht in den Flüchtlingsunterkünften beschult. Es fehlen einheitliche Regelungen zum Schulbesuch, Räumlichkeiten an den Regelschulen, entsprechend qualifizierte Lehrkräfte und Schulpsychologen. Der VBE-Bundesvorsitzende Beckmann klagte an: „Die Politik wird nicht müde, die Bedeutung der Bildung hervorzuheben, aber sieht unbewegt zu, wenn die Bundesländer extrem heterogene Regelungen erlassen. Damit sind die Teilhabechancen mehr denn je abhängig von dem Aufenthaltsort. Die daraus resultierende Chancen- und Bildungsungerechtigkeit ist die Achillesferse der Integration.“

Auch weitere Studien zeigen dieselben Folgen des Kooperationsverbots: Ungleiche Lernbedingungen, und damit einhergehend teilweise gravierend abweichende Bildungsmöglichkeiten. Über die Situation zeigt sich der VBE-Bundesvorsitzende bestürzt: „Es ist unfassbar, dass obwohl alle Berichte dieselben Ergebnisse zeigen, die Politik keine Veränderung herbeiführt. Vielmehr reden sich die Verantwortlichen heraus und verspielen damit Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.“

Der VBE setzt sich seit Inkrafttreten für die Abschaffung des Kooperationsverbotes ein. Zuletzt hatten dies auch der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel und die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke befürwortet. Entsprechende Gesetzesentwürfe der Regierungsparteien blieben jedoch aus.

Gemeinsam gegen die Verrohung der Sprache

VBE unterstützt das BLLV-Manifest gegen die Verrohung der Sprache und Umgangsformen

WIR LEHRERINNEN UND LEHRER UND VIELE PÄDAGOGEN BEOBSACHTEN MIT GRÖSSTER SORGE, WIE SICH DIE STIMMUNG, DIE KOMMUNIKATION IN DEN SOZIALEN NETZWERKEN UND DIE ALLTÄGLICHEN UMGANGSFORMEN IN UNSERER GESELLSCHAFT VERÄNDERN. WIR ERLEBEN EINE AGGRESSIVITÄT, EINE SPRACHE DES HASSES, DER GERINGSCHÄTZUNG UND DISKRIMINIERUNG, PERSÖNLICHE BELEIDIGUNGEN, BEWUSSTE KRÄNKUNGEN UND AUSGRENZUNG IN WORT UND TAT. DIESE

VERROHUNG DES UMGANGS MIT EINANDER WIRKT SICH AUCH AUF UNSERE KINDER UND JUGENDLICHEN AUS. ALS LEHRERINNEN UND LEHRER, DIE TÄGLICH MIT ALLEN KINDERN UND JUGENDLICHEN ARBEITEN, SEHEN WIR UNS DESHALB IN DER PFLICHT, AUF DIESE ENTWICKLUNG HINZUWEISEN UND IHR ENTGEGENZUWIRKEN.

IN ARTIKEL 1 DES DEUTSCHEN GRUNDGESETZES HEISST ES: „DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR. SIE ZU ACHTEN UND ZU SCHÜTZEN IST VERPFLICHTUNG ALLER STAATLICHEN GEWALT.“ WIR LEHRERINNEN UND LEHRER SEHEN DIESEN GRUNDKONSENS BEDROHT. WIR BEOBSACHTEN, WIE UNSERE GESELLSCHAFT GESPALTEN UND MENSCHEN EMOTIONAL AUFGEHETZT WERDEN SOLLEN. EXTREME GRUPPIERUNGEN UND PERSONEN, INSBESONDERE REPRÄSENTANTEN

DER RECHTSPOPULISTEN UND RECHTSEXTREMEN, TRAGEN ZU DIESER VERROHUNG DES UMGANGS MASSGEBLICH BEI. DAMIT WIRD DER BODEN BEREITET FÜR ZWIETRACHT, VERFOLGUNG UND PHYSISCHES GEWALT, HASS, AGGRESSIONEN UND ANGST ABER ZERSTÖREN GEMEINSCHAFT – EGAL OB IM KLASSENZIMMER, IN DER SCHULE ODER ZWISCHEN DEN NATIONEN EUROPAS. SACHLICHE UND RESPEKTVOLLE KONTROVERSEN, WIE WIR SIE IN DER GESELLSCHAFT UND IM PRIVATEN LEBEN BRAUCHEN, WERDEN DADURCH ZUNEHMEND ERSCHWERT.

WIR WOLLEN, DASS UNSERE KINDER IN EINER WELTOFFENEN GESELLSCHAFT LEBEN. UNSERE KINDER SOLLTEN RESPEKT, WERTSCHÄTZUNG UND INTERESSE FÜR DIE ANDEREN MENSCHEN ERLEBEN UND LEBEN – UNABHÄNGIG DAVON, WELCHER RELIGION SIE ANGEHÖREN, WELCHE HAUTFARBE SIE HABEN, WELCHE MUTTERSPRACHE SIE SPRECHEN UND WELCHE MEINUNG SIE VERTRETEN. ALS BESORGT LEHRERINNEN UND LEHRER APPELIEREN WIR DESHALB AN ALLE,

UNSERE GESELLSCHAFT VOR SPALTUNG, BRUTALITÄT, RÜCKSICHTSLOSIGKEIT UND RADIKALISIERUNG ZU **SCHÜTZEN** UND SO UNSERE DEMOKRATIE ZU BEWAHREN. LASSEN WIR UNS NICHT EINSCHÜCHTERN UND SETZEN WIR UNS SELBSTBEWUSST UND KOMPROMISSLOS EIN. **FÜR UNSERE DEMOKRATIE: HALTUNG ZÄHLT.**

Die Nutzung von Schimpfwörtern und die schnelle Eskalation verbaler Konflikte nehmen zu. Es ist zu beobachten, dass keine Grenzen mehr eingehalten werden und eine Enthemmung im Sprachgebrauch einsetzt. Sich dem entgegen zu stellen, braucht Haltung. Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) hat Anfang September das Manifest „Haltung zählt“ gegen die Verrohung der Sprache und Umgangsformen veröffentlicht. Der VBE unterstützt dieses Manifest. Der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, kommentiert: „Mit seinem Manifest macht der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband auf eine gesellschaftliche Entwicklung aufmerksam, die seit Jahren zu beobachten ist und sich unter dem Gesichtspunkt der Diskussion um Integration erheblich beschleunigt hat. Der Verrohung der Sprache Einhalt zu bieten, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Aufgabe ernst zu nehmen, heißt, den eigenen Sprachgebrauch genauer unter die Lupe zu nehmen. Hier ist es auch wichtig, dass Politik- und Medienvertreter genauer hinschauen, wie sie welche Dinge formulieren und beschreiben.“

Der Bundesvorstand des VBE hat das Manifest in seiner Sitzung im September beraten. Dabei wurde beschlossen, dass der Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, das Manifest als Erstunterzeichner im Namen des VBE unterzeichnen wird. Die einzelnen Landesverbände unterstützen das Manifest durch selbstgewählte Aktionen und nehmen es so in ihre gewerkschaftliche Arbeit auf. Denn: Haltung zählt!

Baden-Württemberg

Eltern nicht aus der Erstverantwortung entlassen

Zurzeit läuft an den Schulen die zweite Welle der Fremdevaluation. Auch andere Testverfahren wie VERA, TIMMS und PISA richten den Fokus ausschließlich auf kognitive Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schüler. Inwieweit Kinder heute „erzogen“ sind, fällt bei diesen standardisierten Testverfahren eigentlich nicht ins Gewicht, im täglichen Unterricht an den Schulen jedoch umso mehr, moniert der Sprecher des VBE Baden-Württemberg.

Früher waren Lehrer hauptsächlich für die Bildung der Schüler zuständig und erzogen die Kinder und Jugendliche im Unterricht „nebenher“. Heute müssen Lehrer zuerst erziehen, damit sie sich dann um die Bildung der Schüler kümmern können. Der VBE-Sprecher sieht eine zunehmende Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Zielen und Machbarem in den Schulen.

Während Evaluation allgemein das Gewicht auf den Lernerfolg legt, internationale Vergleichsstudien den Wissensstand der Schüler in Deutsch, Mathematik oder in den Naturwissenschaften untersuchen, Notendurchschnitte der Prüfungsarbeiten mit früheren Jahrgängen verglichen werden, bleiben erzieherische Erfolge der Lehrer - oder auch Fehlschläge - eher unbeachtet. „Bei der Erziehung der Kinder ist Schule aber nach wie vor auf die kontinuierliche Mitarbeit aller Eltern angewiesen“, so der VBE-Sprecher.

www.vbe-bw.de

Bayern

Mittelschulen brauchen Unterstützung

„Mittelschulen leisten Herausragendes, die Lehrkräfte machen eine großartige Arbeit. Die Anhörung zur Mittelschule im Bayerischen Landtag hat dies zum Thema gemacht. Das ist gut und wichtig für die Schüler und Lehrer in dieser häufig zu wenig beachteten Schulart. Dass diese Anhörung überhaupt stattgefunden hat, bewertet der BLLV als ein richtiges Zeichen für die Wertschätzung dieser Schulart“, so BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann.

Die besonderen Anliegen der Mittelschulen müssten ernst genommen werden, Schulleiterinnen und -leiter und die Lehrerinnen und Lehrer, wie auch die Jugendlichen, die diese Schule besuchen, brauchten dringend öffentliche Anerkennung und Wertschätzung.

„Der BLLV verkennt nicht, dass schon viel auf den Weg gebracht worden ist. Dennoch müssen die Lern- und Arbeitsvoraussetzungen weiter verbessert werden. Um die steigenden Herausforderungen bewältigen zu können, müssen vor allem mehr multiprofessionelle Teams eingesetzt werden. Mittelschulen brauchen eine bestmögliche Ausstattung. Lehrkräfte sind oftmals gezwungen, ihre persönliche Belastungsgrenze dauerhaft zu überschreiten. Das können wir uns längerfristig nicht leisten.“

www.bllv.de

Hessen

Schulgesetznovelle: Der Teufel steckt im Detail

„Auf den ersten Blick birgt die Schulgesetz-Novelle keine bösen Überraschungen“, kommentiert Stefan Wesselmann, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Hessen: „Sie gießt in ein Gesetz, was seit langem praktiziert wird.“ Allerdings zeige die Erfahrung: „Der Teufel steckt im Detail.“ Der VBE Hessen wird deshalb genau die Verordnungen im Auge behalten, mit denen das neue Schulgesetz ausgestaltet werden wird.

Dies gilt beispielsweise für die Inklusiven Schulbündnisse. Hier betont der VBE-Hessen nochmals die Notwendigkeit, flächendeckend ein Angebot an Schulen mit unterschiedlichen sonderpädagogischen Förderschwerpunkten bereit zu halten. „Schwerpunktschulen dürfen höchstens eine Übergangslösung sein“, so Wesselmann, „weil wir nur mit einer wohnortnahen Beschulung und einer guten Mischung aus Kindern mit und ohne Beeinträchtigung bzw. mit unterschiedlichen Förderbedarfen Inklusion erreichen.“

Besonders stolz ist die schwarz-grüne Regierungskoalition auf den Pakt für den Nachmittag, der nun auch im Gesetz verankert werden soll – mit dem Ziel, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Dies kann der VBE Hessen allerdings nicht erkennen: „Mehr Betreuung heißt nicht bessere Betreuung“, bilanziert Wesselmann die bisherigen Erfahrungen mit der Betreuung der Schulkinder am Nachmittag. Zu unterschiedlich sind die Angebote, die teils von privaten, teils von kommunalen Trägern organisiert werden und die von notdürftiger Aufbewahrung bis hin zu fachlich qualifizierter Betreuung und Bildung reichen.

www.vbe-hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

VBE fordert schnelle Umsetzung des Digital-Paktes

„Das Interesse an digitalen Medien ist in den Lehrerzimmern groß. Aber es fehlen die Voraussetzungen.“, stellt der Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Michael Blanck, anlässlich des 8. Norddeutschen Lehrertages fest. Das Thema der Veranstaltung an der Astrid-Lindgren-Schule in Schwerin war: „Sind wir alle internet? Medienkompetenz zwischen Mündigkeit und Arglosigkeit“. Rund 170 Teilnehmer hatten sich auf den Weg nach Schwerin gemacht. Blanck: „Der Digital-Pakt der Bundesbildungsministerin ist genau das richtige Zeichen. Jetzt geht es aber darum, dies auch in Mecklenburg-Vorpommern schnell umzusetzen. Platz dafür findet sich bestimmt noch im Koalitionsvertrag.“

Der Bundesverband des VBE hat bereits mit zwei Umfragen die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien aufgezeigt. „Manchmal kommt es uns als Lehrerinnen und Lehrer doch so vor, als wenn wir versuchen, mit einem Trabi am Formel 1-Rennen teilzunehmen. Viele Schüler verfügen über weit bessere Technik als die Schulen.“

Der VBE fordert deshalb:

- Die Schulen sind besser auszustatten!
- Wir benötigen mehr Fortbildungen!
- Alle Schulen sind zügig an das schnelle Internet anzuschließen!
- Schulen benötigen Rechtssicherheit beim Umgang mit digitalen Medien!

www.vbe mv.de

Niedersachsen

Umsetzung der inklusiven Schule kommt nicht voran

„Auch wenn Kultusministerin Heiligenstadt als Zwischenergebnis der wissenschaftlichen Begleitung der inklusiven Bildung in Niedersachsen durch das Institut für Sonderpädagogik in Hannover bei den Lehrkräften der Grundschulen eine „hohe Akzeptanz“ bei der Einführung der Inklusion feststellt, kann von einer gelungenen Umsetzung keine Rede sein.“

Franz-Josef Meyer, Referent für Grundschulen im Landesvorstand des VBE zeigt sich besorgt über die derzeitige Situation der inklusiven Schule: „Durch die fehlende Unterstützung durch Sonderpädagogen fühlen sich Lehrkräfte allein gelassen und überfordert. Die sonderpädagogische Grundversorgung als „Kernstück“ der inklusiven Beschulung ist nur noch teilweise abgesichert. Fehlende Förderschullehrerstunden müssen durch Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen ersetzt werden. Diese Situation wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen, wenn die nächsten inklusiven Klassen nachrücken.“

Inklusiver Unterricht braucht aber dringend die Fachkompetenzen der Förderzentren für Diagnose, Beratung und Förderung und zwar für alle inklusiven Jahrgänge, nicht nur in der Grundschule.

www.vbe-nds.de

Nordrhein-Westfalen

Bekannt Euch! A13 (EG13) für alle Lehrkräfte!

„Trotz veränderter Lehrerausbildung, gleichlangem universitären Studium, gleichlangem Referendariat, trotz der Tatsache, dass alle Lehrkräfte unabhängig von Schulstufe und Schulform heute Schlüsselqualifikationen vermitteln, Kinder mit und ohne Handicap unterrichten, Kinder mit Migrationshintergrund integrieren und mit Heterogenität umgehen, unterliegt die Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern in Nordrhein-Westfalen immer noch einem sozialen Ranking aus dem 19. Jahrhundert“, so der VBE-Landesvorsitzende Udo Beckmann.

„Das entspricht schon lange nicht mehr der Realität in den Schulen. Die oben beschriebenen Anforderungen belegen, dass die beruflichen Anforderungen und Leistungen von Lehrkräften nicht mehr in erster Linie am Niveau der vermittelten Inhalte gemessen werden können. Wir fordern daher seit langem: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Das umschreibt in Nordrhein-Westfalen zudem einen Grundsatz von Verfassungsrang.“

Schon im Jahr 2011 hat der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Christoph Gusy in seinem Gutachten für den VBE festgestellt, dass sich der Artikel 24 Abs. 2 S. 2 in der Verfassung von Nordrhein-Westfalen nicht allein auf die gleiche Entlohnung von Männern und Frauen bezieht, sondern grundsätzlich auf Personen, die einer gleichen Tätigkeit nachgehen.

atbestände,
te Unterrichts-
stufe (KG/Kg)
er Staatsregie-
en und Lehrer
owie „KG/

ch saß, äußert
er Lehrerinnen
erführenden
weisen können.
ätzung. Im bun-
nsische Schulsy-
die höchste
Bezahlung die
jahrelanger
iste und Renten-
un in Zeiten des
Das hat nichts mit
v.slv online.de

storin, bereits am
s Schulgesetz
lehrerverband
ung und jeder
kamtgabe eines
ins mitten in den
t Betroffenen gar
Rolf Busch, Lan-
halte er es für
nhang mit der
ovember auch

Schulgesetz in
nnen die Inku-
Busch. Stattdes-
dig – ganz so,
ende in Mecklen-
ande des Nord-
te ich Gelegen-
Mathias Brodkorb
cklenburg-Vor-
sion längst auf
esentlich realis-

Dies trifft auf alle Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen zu. Somit verstößt das Land durch die ungleiche Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern fortgesetzt gegen die eigene Verfassung.“

www.vbe-nrw.de

Rheinland-Pfalz Ein neuer Rotstift regiert die Schulen

„Während noch zu Schuljahresbeginn 270 neue Lehrstellen angekündigt wurden, werden diese im Lauf der Legislaturperiode wieder kassiert. So kurzlebig kann schulpolitischer Fortschritt sein.

Als Folge davon plant eine rheinland-pfälzische Landesregierung - erstmals seit Jahrzehnten - mit der Schließung kleiner Grundschulen. Der Grundsatz Kurze Beine – kurze Wege ist das Papier des Koalitionsvertrages nicht mehr wert, auf dem er steht. Die in Aussicht gestellten „Leitlinien für ein wohnortnahes Grundschulangebot“ werden die Regeln für die Abwicklung enthalten. Dies ist mehr als ein pädagogischer Verlust, es ist ein tiefer Einschnitt in die Infrastruktur der Gemeinden. Dadurch wird die Landflucht beschleunigt – eine für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz katastrophale Entwicklung. So handelt nur, wem das Wasser bis zum Hals steht.“

Mit dieser Stellungnahme reagierte der Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen Lehrerwerkschaft VBE, Gerhard Bold, auf die Ankündigung aus dem Mainzer Finanzministerium zum Abbau von 2.000 Stellen im öffentlichen Dienst.

Der VBE-Landeschef: „Auch kleineren Realschulen plus geht es „ans Leder“, allen Stärkungsabsichten im Koalitionsvertrag zum Trotz. Nicht anders wird es Förderschulen ergehen, wenn sie kleiner werden. Wir rechnen mit einer Schulschließungswelle.“

Gerhard Bold: „Die neue Rotstiftpolitik der rheinland-pfälzischen Landesregierung wird nicht erfolgreich sein, wenn sie die Bildungs- und damit auch die Lebenschancen der nachwachsenden Generationen dauerhaft verbessern will. Darauf ist sie nicht angelegt.“

www.vbe-rp.de

Saarland SLLV begrüßt Etappensieg bezüglich der Entlastung der Schulleiter an den Grundschulen

Nach dem Gespräch mit Bildungsminister Commerçon begrüßt der Saarländische Lehrerinnen- und Lehrerverband (SLLV), dass die ursprünglich mit dem Schuljahr 2016/17 wegfallenden Konzeptstunden zur Inklusion nun doch im System der Grundschule verbleiben. Sie werden zum einen zur Entlastung der Schulleiter, zum anderen zur Stärkung belasteter Grundschulen genutzt.

Dies sieht der Verband als ersten wichtigen Schritt zur Anerkennung der besonders schwierigen Situation der Schulleitungen an Grundschulen. Des Weiteren begrüßt der SLLV, dass es für die Grundschulen zusätzliche Stellvertreterstellen geben soll. Über entsprechende Modelle wurde diskutiert.

Der SLLV besteht allerdings auf seiner Forderung, dass jede Grundschule einen Konrektor braucht, unabhängig von der Schülerzahl.

www.sllv.de

Sachsen Verhandlungen gescheitert – Lehrermangel bleibt!

Die Verhandlungen für ein Maßnahmenpaket zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs und Gestaltung des Generationenwechsels im Freistaat Sachsen sind in Dresden ohne Einigung zu Ende gegangen. Elf (!) lange Verhandlungsrunden, die seit Juni dieses Jahres stattgefunden haben, bleiben somit ohne Ergebnis.

Unterschiedliche Grundsatzpositionen von Gewerkschaften und Arbeitgebern konnten nicht überbrückt werden. Der Sächsische Lehrerverband und seine Spitzengewerkschaft dbb sehen in der Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufs in Sachsen und der Entlastung von Lehrkräften den Schlüssel zur Lösung, während die Staatsregierung derartige Maßnahmen von einem „Beitrag“ der Beschäftigten abhängig machte.

In den Verhandlungen erwarteten die Vertreter der Staatsregierung, dass die Lehrkräfte durch Arbeitszeiterhöhungen zur Minderung des Lehrermangels beitra-

Moderne Architektur trifft zeitgemäßes Mobiliar

Schule der Zukunft setzt auf Flexibilität

Neue Wege in der Wissensvermittlung gehen, Ganztagsbetreuung und Unterricht miteinander verweben, Lernräume in Form von Clustern schaffen: Dies sind die Ziele des Münchner Lernhaus-Konzepts. Cluster bedeutet: kleine Schulen in der Schule bilden, je zwei Jahrgänge mit ihren Unterrichtsräumen näher zusammenrücken lassen, dazu Räume für die OGS, das Lehrerteam und pädagogisches Personal. Und mittendrin ein Marktplatz. Raum für alle möglichen Nutzungsgelegenheiten, von der Präsentation bis zur Wohlfühloase in den Pausen.

Solch ein Neubauprojekt mit Klassenrevieren hat die Gemeinde Wörthsee (Landkreis Starnberg) in Oberbayern umgesetzt. Anfang Juli 2015 war Unterrichtsstart im neuen Bau – Start für



eine neue, eine wegweisende Grundschule. Das Erstaunen war anfangs groß, eine Schule ohne Türen und das bei 120 Kindern je Klassenrevier – und dabei so ruhig. „In den ersten Wochen kamen fast täglich neue positive Rückmeldungen aus dem Schulalltag“, erinnert sich die Münchner Architektin Andrea Sommersberger. Grund dafür sind nicht nur großflächige Akustikpaneele und die dämpfenden Boden- und Deckenflächen, sondern ebenso das ruhige Verhalten der Kinder in einem angenehmen Umfeld. Zugehörigkeitsgefühl, Verantwortungsbewusstsein: Das Gebäude und die neue Unterrichtssituation wirken einfach positiv auf das Verhalten der Kinder.

Teil des so wegweisenden Schulkonzepts sind Schulmöbel, die einen zeitgemäßen Unterricht ermöglichen: handliche und variable Dreieckstische nach dem original kvartet Konzept. „Sie müssen dem abwechslungsreichen Unterricht dienen, flexibel sein und die neue Lernstruktur optimal unterstützen“, so die Architektin. Die Dreieckstische von kamira Konzepteinrichtungen passen sich solchen ständig neuen Lernszenarien ideal an und können von den Kindern spielend leicht neu angeordnet werden. Gleichzeitig brauchen Möbel natürlich Robustheit und auch eine gewisse Wertigkeit, die zur hohen Gesamtqualität einer solchen Schule passt. Eine ideale Kombination aus Langlebigkeit, Haltbarkeit und Ästhetik.

Besonders erfreulich: Eine solches Leuchtturm-Projekt muss nicht zwingend deutlich teurer sein als ein Standard-Bau. „Wir konnten an zahlreichen Stellschrauben arbeiten und alleine wegen des Raumkonzepts nahezu alle Flächen so planen, dass sie auch wirklich genutzt werden“, heißt es aus dem Münchner Architekturbüro.

Das Resultat spricht für sich: Kollegium, Schülerinnen und Schüler stehen mit Leib und Seele hinter ihrer neuen Schule. Auch die Schulleitung bestätigt: Die Kinder haben das alles einfach richtig gern. So macht Schule Freude.

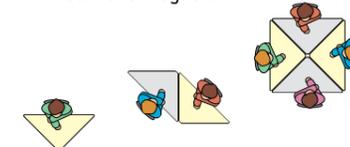
Infos: Kamira.de

Flexibles Lernraumkonzept für modernen Unterricht



Das auf dem Dreieckstisch basierende kvartet Konzept für multifunktionale Lernräume bietet nahezu unendliche Kombinationsmöglichkeiten für Klassen-, Kurs-, Gruppen- und Seminarräume.

Und mit unseren altersgerechten Stühlen wird für alle Schulformen und Jahrgangsstufen echtes Lernen auf Augenhöhe an einer einheitlichen Tischhöhe möglich!



kamira
Konzepteinrichtungen

www.kamira.de

kamira Konzepteinrichtungen GmbH & Co KG
Weberstr. 4, 48619 Heek • Info: 02568-93 493-92 • vertrieb@kamira.eu

bitte kürzen

Adé B&E

B & E 3 | 2016



B & E
Bildungspolitisches Magazin
des Verbandes Bildung
und Erziehung (VBE)

Redaktion:
 Hjalmar Brandt (br), verantwortlich
 Anne Roewer (roe), Mira Futász (fu)

Redaktionsanschrift:
 Verband Bildung und Erziehung (VBE),
 Redaktion B & E
 Behrenstraße 23/24, 10117 Berlin
 T. 030-726 19 66 0, F. 030-726 19 66 19
 www.vbe.de, be@vbe.de

B & E wird herausgegeben vom
 Verband Bildung und Erziehung (VBE),
 Behrenstraße 23/24, 10117 Berlin

Bundvorsitzender: Udo Beckmann

Fotos: Amelie Tegtmeyer;
 Karikatur: BECK (24)

Fotokonzept: Typoly & Jan Roeder

Gestaltung & Bildbearbeitung:
 www.typoly.de (Inken Greisner,
 Claudia Söchting & Theres Weishappel)

Anzeigenverwaltung und Herstellung:
 Gebrüder Wilke GmbH,
 Oberallener Weg 1, 59069 Hamm,
 Telefon 0 23 85 / 4 62 90-0

B & E erscheint dreimal im Jahr.

Mitglieder des VBE erhalten die Zeitschrift als Verbandsorgan, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Mitglieder richten Bestellungen an die Redaktion.

Bestellungen für Nichtmitglieder an:
 VBE-Bundesgeschäftsstelle,
 Behrenstraße 23/24, 10117 Berlin.
 Die offizielle Meinung des VBE geben nur gekennzeichnete Verlautbarungen der satzungsgemäßen Organe des VBE wieder.

Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung unverlangt zugesandter Bücher und deren Besprechung bleibt vorbehalten. Nachdrucke nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden.

ISSN 1869-2788

Die Kehrseite

mit BECK telefoniert,
kommt Montag

Verband Bildung und Erziehung

VBE

